Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich M., auf dem Lande M., durch die Post bezogen vierteljährlich M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis M. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3spaltige Korpuszeile M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 58 | Donnerstag den 9. März 1922. | 81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freitag den 10. März 1922 vormittags 9 bis 1 Uhr

Ausgabe der neuen Brotmarken.

Die Abholung der Marken hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen.

Wilsdruff, am 7. März 1922. 288 **Der Stadtrat.**

Kartoffelverkauf

für diejenigen Einwohner, die wochenweisen Bezug angemeldet haben, findet am 10. März von 8 bis 11 Uhr und 1 bis 4 Uhr in der neuen Schule statt. Bezahlung und Bezugsmarken vorher in Zimmer 2.

Wilsdruff, am 7. März 1922. 290 **Der Stadtrat.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler hat die Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei wieder aufgenommen.

* Außenminister Dr. Rathenau hielt im Hauptausschuß des Reichstages eine Rede über die deutsche Wiedergutmachungspolitik.

* Die Gewerkschaften haben eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der neue Verhandlungen über eine Erhöhung der Gehälter und Löhne gefordert werden.

* Im Preußischen Landtage kam es bei der Debatte über die Data-Mörder zu stürmischen Auftritten.

* Zwischen England und Frankreich ist ein Kompromiß über die Schaffung dauernder Kontrollkommissionen in Deutschland zustandegekommen.

* Lloyd George ist erkrankt und wird einen Urlaub von sechs Wochen Dauer antreten.

* Die italienische Regierung hat nunmehr ihre Zustimmung zur Eröffnung der Genueser Konferenz am 10. April gegeben.

Rathenaus Wiederherstellungspolitik

Bisher hat der neue Minister des Auswärtigen seit seiner Ernennung nur einmal Gelegenheit gehabt, sich vor dem Reichstag in dieser seiner Eigenschaft zu präsentieren: als der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag zur Beratung stand, den er mit einigen Begleitworten dem Hohen Hause zur Annahme empfahl. Auf die großen Aufgaben seiner Politik konnte er erst an diesem Dienstag im Hauptausschuß des Reichstages eingehen, als der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung stand.

Der Reichstag kennt aber diesen Redner schon aus seiner früheren Tätigkeit als Wiederaufbauminister zur Genüge, um zu wissen, daß er die Form ebenso wie die Sache, mit der er es jeweils zu tun hat, in ungewöhnlichem Maße beherrscht, daß er sich auf die wohltuende Ruhe seines Vortrages zu verlassen pflegt, die seine politischen Gegner, so scharf sie auch die Gesamtrichtung seiner Politik ablehnen mögen, doch immer in den Grenzen einer würdigen Opposition festhält. Wesentlich Neues dürfte von seinen vielleicht allzu laut angekündigten Mitteilungen des Außenministers dagegen kaum jemand erwartet haben. Wir wissen ja so ziemlich alle, wie unsere auswärtige Lage heute beschaffen ist, wie wir auch den jämmerlichen Zustand unserer Reichs- und Volkswirtschaft mit jedem Tage drückender zu spüren bekommen. So begann denn Herr Dr. Rathenau in der üblichen Weise mit einem Rückblick auf die politische Entwicklung der letzten Wochen. Dabei wiederholte er das Eingeständnis der Notwendigkeit zum Wiederaufbau der zerstörten Provinzen Frankreichs, die, solange sie als Wüsteneien zwischen Deutschland und Frankreich liegen, ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bedeuteten. Daß, wenn es nach Deutschland gegangen wäre, dieser Wiederaufbau schon sehr wesentliche Fortschritte gemacht haben könnte, und daß in weiten Kreisen nicht nur unseres Volkes der Eindruck besteht, daß Frankreich diese Wüsteneien als solche erhalten möchte, weil es aus ihnen kein Symbol der Völkervereinigung oder Völkerversöhnung gemacht sehen will, hat Herr Dr. Rathenau selbstverständlich unerwähnt gelassen. Als Minister des Äußern darf er sich solche Extratouren nicht leisten, womit indessen gar nicht gesagt sein darf, daß er in diesem Punkt wirklich so harmlos denkt, wie er gesprochen hat.

Er kam dann auf Wiesbaden, auf Cannes und auf Genua zu sprechen, unter polemischen Wendungen gegen seine innerpolitischen Gegner, die auf der einen Seite nicht wahrhaben wollten, daß man Ursache habe, sich über die Anberaumung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zu freuen, und die auf der andern Seite nach der Niederlage Lloyd Georges in Boulogne triumphierend erklärten, daß man sich von Genua nun gar nichts versprechen könne. Er folgert daraus, daß hier weniger wirtschaftliche als innerpolitische Gegensätzlichkeiten angefochten würden, die ihn in seiner jetzigen Eigenschaft natürlich nicht berühren. Er seinerseits begnügt sich mit der Feststellung, daß er nie erwartet habe, man würde einer aus vierzig, nicht durchweg am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehenden Versammlung, wie sie die Konferenz von Genua darstelle, die Wiederherstellungsfrage und den Versailler Vertrag zur Beschlußfassung unterbreiten. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen, wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weiterkrankung erörtert würden, und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchten, die zu einer Gesundung des ganzen Erdteiles führen könnten. Hier liegt freilich der Einwand nahe, ob dann die wirklich maßgebenden Teilnehmer der Konferenz ernstlich auf eine fruchtbare Lösung dieses schicksalsschweren Weltproblems irgend welchen Wert legen, und ob sie nicht vielmehr von vornherein entschlossen sind, auf ihrer Auffassung von den Ursachen der Weiterkrankung unter allen Umständen zu beharren. Als da sind: Der „böse Wille" Deutschlands seinen Versailler Verpflichtungen gegenüber, die mangelnde moralische Abrüstung bestimmter Teile des Volkes, und was ähnliche Unterstellungen mehr sind. Dr. Rathenau aber ist weit davon entfernt, von Genua auf den ersten Hieb sozusagen einen durchschlagenden Erfolg zu erwarten. Praktisch, sagt er, werde Genua vermutlich das erste Glied einer Reihe von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien eben heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Ursache ihres Elends, als daß man annehmen könne, es möchten sofort endgültige Heilungsprozesse vorgenommen werden.

Rathenau hat offensichtlich die klare Überzeugung gewonnen, daß die Hauptaufgabe der internationalen Politik, und somit auch unsere Aufgabe, darin besteht, aus dem Stadium des „Vorläufigen" in das des „Endgültigen" hinüberzugelangen. Jedes Provisorium belastet uns unerträglich und hält uns vom wahren Frieden fern. Er wies nach, wie schwer die Dekadenzahlungen von 31 Millionen Mark auf unsere Volkswirtschaft und auf unsere Valuta drücken, konnte aber gleichzeitig betonen, daß nicht nur wir, sondern die gesamte Weltwirtschaft unter diesem ewigen Hangen und Bangen leiden, das seine letzte Wurzel immer noch im Versailler Frieden findet. Amerika ist Rathenaus große Hoffnung. Amerika, das nach seiner Überzeugung den Krieg und den Frieden entschieden hat, und auch zur Entscheidung der künftigen wirtschaftlichen Weltentwicklung berufen sein werde. Von Amerika könne die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe zur Reform des ganzen Wiedergutmachungswerkes ausgehen, und weil Amerika allein dazu in der Lage ist, habe es wohl auch die alleinige Verantwortung dafür, daß die Welt dem wirklichen Frieden endlich näherkommt.

Genua, der Zielpunkt aller augenblicklichen politischen Bestrebungen, wird daher auch im wesentlichen von der Stellungnahme Amerikas zu dieser Konferenz abhängig sein, und wenn auch der Minister in kühler Abwägung aller Schwierigkeiten nicht mit allzu großem Optimismus auf Genua blickt, so ließ er doch der Hoffnung Raum, daß von dort aus unser Weg vielleicht eine Wendung zum Besseren nehmen könne.

Der Plan einer „Europabank".

Mit 500 Millionen Dollar Kapital.

Das große Interesse der amerikanischen Geschäftswelt am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft äußert sich wieder einmal besonders deutlich in einem großzügigen Plan des amerikanischen Großbankiers Senator Owen, der dieser Tage in Berlin weilte, und dabei der deutschen Reichsbank einen Plan zur Gründung einer internationalen Kreditbank überreichte, der auch der Gegenstand eines dem amerikanischen Repräsentantenhause vorliegenden Gesetzentwurfs ist. Owen ist der Urheber des Gesetzes über die „Federal Reserve Bank", mit dem er einen außerordentlichen Erfolg in den Vereinigten Staaten erzielte. Mit seinem System haben die amerikanischen Banken ihr Reservekapital innerhalb acht Jahren auf über 20 Milliarden Dollar erhöht. Er hat nun vorgeschlagen, dieses

amerikanische Muster auf Europa zu übertragen

durch die Gründung einer ausländischen Bundes-Reservebank, die ihren Hauptsitz in Newyork und dort Zweigniederlassungen haben soll, wo solche Niederlassungen von den Banken und Regierungen Europas gewünscht werden. Diese Bank soll ein Kapital von 500 Millionen Golddollar haben, die von den zwölf großen Federal Reservebanken der Vereinigten Staaten gestellt werden. Die Bank soll ausschließlich für Bankiers bestimmt sein, wird keine Depositen annehmen und keine Börsen- und Wechselgeschäfte machen, sondern wird sich einzig und allein mit der

Diskontierung von Handelspapieren

befassen, die auf greifbare Waren begründet sind. Die Reservebank wird den Banken auch Goldkredite gegen solche Papiere geben und so mit Unterstützung der europäischen Banken Goldkreditreserven ansammeln, die sie bis zu einer Höhe von 2,5 Milliarden bringt. Das geschieht, indem sie Waren- und Bankpapiere bis zu einer Höhe von 100 Prozent, mindestens aber mit 20 Prozent beleiht. So wird eine Summe von 500 Millionen Golddollar

2½ Milliarden Goldkredite tragen.

Seine Absicht ist, die Goldkredite zu einer Höhe zu bringen, daß sie groß genug wären, dem europäischen Geschäftsmann zu ermöglichen, so viel Goldkredite zu finden, wie er braucht. Amerika wird insofern aus dieser Bank Vorteil ziehen, als sein Goldschatz nutzlos daliegt, und es Interesse daran hat, daß die europäische Produktion wächst, damit Europa in größerem Maßstabe einkaufen kann. Wenn die europäischen Banken diesem Plan ihre Zustimmung geben, so will Owen alles tun, den amerikanischen Kongreß zu bewegen, das Gesetz anzunehmen. — Der Plan Senator Owens baut sich auf den Erfahrungen auf, die die Vereinigten Staaten mit ihrer Bundesreservebank gemacht haben und ist die sinngemäße Übertragung einer nationalen Bankorganisation von gewaltigstem Ausmaß auf die internationale, richtiger: die amerikanisch-europäische Wirtschaft.

Teuerung und Gehaltserhöhung.

Eine Eingabe der Gewerkschaften.

Nach einer Mitteilung des Vorwärts haben vor einigen Tagen die in den fünf Spitzenorganisationen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Afa-Bund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring vereinigten Verbände, soweit sie Reichs-, Staats-Kommunalbeamten und -arbeiter vertreten, der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe übermittelt, in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung sofortige Verhandlungen über eine angemessene

Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne

des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird. In der Eingabe werden keine ziffernmäßigen Forderungen aufgestellt, dagegen wird gesagt: „Die Gewerkschaften behalten sich vor, zu Beginn der noch festzusetzenden Verhandlungen ihre Vorschläge vorzulegen und entsprechend zu begründen. Mit Rücksicht auf die unter den Beamten und Arbeitern vorhandene große Erregung wird ein rasches Handeln und die sofortige Festsetzung des Verhandlungstermins verlangt." Die Reichsregierung hat inzwischen den

Verhandlungstermin auf Freitag, den 10. März,

festgesetzt. Zurzeit finden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das taktische Zusammenarbeiten statt. Allem Anschein nach wird auch diesmal die Einheitsfront zwischen den fünf Spitzenorganisationen hergestellt werden.

Die bedrohte Existenz der Presse.

Gegen die Aufrechterhaltung der Inseratensteuer.

Die Ablehnung des Antrages der Demokraten und des Zentrums im Reichstagsausschuß für Steuerfragen, die Inseratensteuer gänzlich verschwinden zu lassen, hat Enttäuschung und Erbitterung wachgerufen, zumal die Ablehnung der Beseitigung der Inseratensteuer nur mit einer Stimme Majorität erfolgte. Das Hauptorgan der Zentrumspartei, die Germania, schreibt zu diesem Beschluß u. a.:

„Es ist ganz unverständlich, wie der Reichstag die Verantwortung dafür tragen will, daß infolge seiner Beschlüsse eines der wichtigsten Gewerbe, zu denen das Zeitungsgewerbe gehört, bewußt zugrunde gerichtet wird. Ohne Presse versagt die Politik und stockt das gesamte Wirtschaftsleben. Die Erhaltung der Presse wird aber unmöglich, wenn man ihr die wichtigsten Erwerbsquellen beschneidet. Es gibt kein anderes Gewerbe von einer ähnlich wichtigen Funktion, das mit einer Sondersteuer belastet wird. Von dieser Ausnahmestellung wird aber die Presse um so härter betroffen, als sie sich gegenwärtig in einer außerordentlichen Notlage befindet."

Das Blatt weist ferner auf die sprunghaft steigenden Unkosten der Zeitungen hin, denen die abnehmende Kaufkraft des deutschen Volkes und die damit verbundene Einschränkung aller Ausgaben für kulturelle Zwecke gegenüberstehe. Die Erhöhung der Bezugspreise der Zeitungen habe deshalb auch mit den allgemein üblichen Preissteigerungen nicht im entferntesten Schritt halten können.

Die Vossische Zeitung betont ebenfalls, daß das Zeitungsgewerbe sich bei der Abwälzung der ihm aufgebürdeten Lasten in einer besonders ungünstigen und gefährlichen Lage befindet und fährt fort:

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF